

- 19) Z.B. BRu 1982, Nr.23, S.12. *
- 20) So BRu 1982, Nr.2, S.10. *
- 21) Näheres C.a., Februar 1981, Ü 2; Januar 1981, Ü 2; Mai 1981, Ü 3. *
- 22) Näheres C.a., Juni 1981, Ü 1; April 1982, Ü 2. *
- 23) Vgl. z.B. C.a., Juli 1982, Ü 2. *
- 24) guoji wenti yanjiu, Oktober 1981, Nr.2. *
- 25) Dt. in BRu 1982, Nr.4, S.18 ff., und Nr.5, S.8 ff. *

OSKAR WEGGEL

Große Harmonie mit den ostasiatischen Freunden:

Kim Il Sung und Kenzo

Suzuki besuchen die VR

China

*
*
* * * * *

Gliederung:

- I. Warum China in Ostasien Freunde braucht
- II. Freundschaft mit Korea: der Besuch Kim Il Sung's in China (16.-26.9.1982)
 - 1. Korea darf kein zweites Vietnam werden
 - 2. Betonung der Gemeinsamkeiten
 - a) Gemeinsamkeiten in Krieg und Frieden
 - b) Wiedervereinigungsfrage
 - c) Negative Beurteilung der US-Präsenz in Südkorea
 - d) Südkorea
 - e) Handelsbeziehungen Chinas mit Südkorea?
- III. Freundschaft mit Japan: der Besuch des japanischen Ministerpräsidenten Zenko Suzuki in China (26.9.-2.10.1982)
 - 1. Zehnjährige Bilanz der chinesisch-japanischen Beziehungen
 - 2. Einzelfragen
 - a) Zum japanisch-sowjetischen Territorialstreit
 - b) Zum japanisch-sowjetischen Verhältnis
 - c) China wendet sich gegen eine Finnlandisierung Japans und befürwortet eine Stärkung der "japanischen Selbstverteidigung"
 - d) Wirtschaftliche Beziehungen, die "Generationen überdauern" sollen
 - e) Rituale
 - aa) Freundschaftsrituale
 - bb) Kapitalismuskritik
 - f) Wie China die Beziehungen zwischen Japan und den ASEAN-Ländern wertet

I. Warum China in Ostasien Freunde braucht

Anfang 1981 erschien ein Aufsatz von Jiang Yuanchun "Über die sowjetische Ostasien-Strategie" (1), in dem folgende drei Hauptthesen vertreten werden:

- Der strategische Schwerpunkt der Sowjetunion liegt in Europa. Dem Bereich Ostasien kommt in der sowjetischen Globalstrategie lediglich die Rolle einer wichtigen Flanke zu.

- Fünffaches Ziel der sowjetischen Ostasien-Strategie ist es, die USA aus dem Westpazifik zu vertreiben, das strategische Übergewicht in Ostasien und im Westpazifik zu erlangen, China einzukreisen, das Kaiserreich Japan durch Drohungen und Versprechungen in die Knie zu zwingen und am Ende die Kontrolle über die südostasiatischen Länder zu erlangen.

- Ob diese Strategie gelingt, hängt ganz wesentlich vom Widerstand der ostasiatischen Länder ab. Koordinierte antihegemonistische Aktionen der bedrohten Länder gegen die sowjetische Aggression und Expansion seien der Schlüssel für die Erhaltung von Frieden und Sicherheit in Ostasien.

Um diese drei Thesen zu untermauern, werden eine Reihe von "Expansions"-Maßnahmen der Sowjetunion im asiatisch-pazifischen Raum aufgezählt. Im einzelnen:

- Die Sowjetunion hält vier japanische Inseln besetzt und baut ihre dortigen militärischen Einrichtungen aus.

- Die sowjetische Pazifikflotte stärkt ihre Kräfte und verfügt inzwischen über 700 verschiedene Kriegsschiffe.

- Die Cam-Ranh-Bucht in Vietnam wird zu einem wichtigen Stützpunkt der sowjetischen See- und Luftstreitkräfte in Südostasien.

- Sowjetische Kriegsschiffe operieren häufig im Südchinesischen Meer.

- Die sowjetische Besetzung vietnamesischer Militärbasen bildet eine Bedrohung der lebenswichtigen Malakka-Straße.

- Vietnam verwandelt gegenwärtig die Bucht von Kompong Som in eine Versorgungsbasis für die sowjetische Pazifik-Flotte.

- Im November 1980 operierten der Flugzeugträger "Minsk" und

andere sowjetische Kriegsschiffe im Golf von Thailand.

- Die im Indik stationierte sowjetische Flotille verfügt über insgesamt 26 Kriegsschiffe.

- Unterstützt von der Sowjetunion halten 200.000 vietnamesische Soldaten Kambodscha besetzt; Vietnam kontrolliert zugleich Laos und unternimmt beständig Angriffe auf chinesisches Territorium; seine Invasionsstruppen in Kambodscha drängen wiederholt in thailändisches Gebiet ein.

- Die 100.000 Mann sowjetischer Besatzungstruppen in Afghanistan seien eine Bedrohung der Gebiete am Persischen Golf.

- In Fernost stationierte sowjetische Landstreitkräfte umfassen 1,2 Millionen Mann; auch 30% der sowjetischen strategischen Nuklearkräfte befinden sich im Raum Fernost.

Dies also ist der Hintergrund, vor dem die VR China ihre Antiexpansionspolitik betreibt. Dem oben erwähnten fünffachen Ziel der Sowjetunion entsprechend geht es den Chinesen darum, die USA zur Stärkung ihrer Kräfte im Westpazifik und im Indik zu ermuntern, eine Vormachtstellung der UdSSR im asiatisch-pazifischen Raum zu unterbinden, den im Ansatz befindlichen Verteidigungsring um China ständig aufzubereiten, den Japanern den Rücken gegenüber der Sowjetunion zu stärken und außerdem eine Pro-ASEAN-Politik zu betreiben, die zugleich eine anti-vietnamesische/antisowjetische Komponente enthält.

Im vorliegenden Zusammenhang seien vor allem Gegenmaßnahmen im Sinne der Ziele 3 und 4 hervorzuheben. Beim Stichwort "Einkreisung" steht Korea im Vordergrund. Das Stichwort "Japan" spricht für sich selbst.

Bezeichnend für die ritualisierte Besuchsdiplomatie zwischen den ostasiatischen Staaten ist eine gewisse Symmetrie. Sowohl dem Besuch des koreanischen Staatspräsidenten als auch dem Besuch des japanischen Ministerpräsidenten waren entsprechende Gegenvisiten des chinesischen Ministerpräsidenten vorausgegangen. Zhao Ziyang hatte Nordkorea vom 20. bis 24. Dezember 1981 besucht (2) und Japan vom 31. Mai bis 1. Juni 1982 (3). Dem Besuch des koreanischen Präsidenten Kim Il Sung war außerdem der Besuch des nordkoreanischen Ministerpräsidenten vom 10. bis 14. Januar 1981 vorausgegangen (4).

II. Freundschaft mit Korea: der Besuch Kim Il Sung's in China (16.-26.9.1982)

1. Korea darf kein zweites Vietnam werden

Kim Il Sung, der sowohl nordkoreanische Staatsoberhaupt als auch Vorsitzender der koreanischen KP ("Arbeiterpartei") ist, war in seiner Doppelrolle sowohl vom chinesischen ZK als auch vom Staatsrat eingeladen worden. Sein Besuch geriet zu einer Jubelreise, die von kernigen Worten eingeraht war, wie "China und Korea sind Nachbarländer, deren Berge und Gewässer so eng wie Lippen und Zähne verbunden sind. Die mit Blut besiegelte Freundschaft zwischen den beiden Völkern hat die Prüfungen der Zeit bestanden..." Von vornherein war der Wille zwischen beiden Seiten offenbar, nur Übereinstimmungen und keinen einzigen Dissens zu demonstrieren. Kim Il Sung besuchte in persönlicher Begleitung Deng Xiaopings und Hu Yaobangs die Städte Chengdu und Xi'an, wo jeweils Massenkundgebungen stattfanden. Beide Seiten überhäufte sich bei den verschiedenen Veranstaltungen mit Komplimenten und gegenseitigen Wünschen. Die koreanische Seite etwa plädierte für die Wiedervereinigung Chinas mit Taiwan, die chinesische Seite für die Wiedervereinigung der beiden Koreas; beide forderten zum Kampf gegen den "Imperialismus" und zur Unterstützung der "Blockfreienbewegung" auf. Auch in allen anderen Fragen zeigte man enge Tuchfühlung.

Die Chinesen sind darauf aus, mit Nordkorea alle Gemeinsamkeiten zu maximieren und alle irgendwie vorhandenen Differenzen zu minimalisieren. Ein Afghanistan oder sogar ein Vietnam in Nordkorea wäre eine Katastrophe für China. Also darf nichts unterlassen werden, um die nordkoreanische Führung in prochinesischem Sinne bei Laune zu halten.

2. Betonung der Gemeinsamkeiten

Im wesentlichen sind es immer wieder die fünf gleichen Themen, um die sich Chinas Korea-Politik und Korea-Berichterstattung drehen, nämlich die Betonung der Gemeinsamkeiten in Krieg und Frieden, die Unterstützung der nordkoreanischen Wiedervereinigungsvorstellungen, die negative Bewertung der US-Präsenz in Korea, die permanente Anschwärzung der Zustände in Südkorea

und schließlich die Dauerauseinandersetzungen mit sowjetischen Vorwürfen einer chinesischen Zusammenarbeit mit Südkorea.

a) Gemeinsamkeiten in Krieg und Frieden

Zweimal im Jahr, nämlich am 25. Juni und am 25. Oktober, kommt es regelmäßig zu feierlichen chinesisch-nordkoreanischen Begagnungen, nämlich zum Jahrestag des Beginns des "koreanischen Vaterländischen Befreiungskriegs" (25. Juni 1950) und zum Jahrestag anlässlich des Eintritts der "chinesischen Volksfreiwilligen in den Korea-Krieg" (25. Oktober 1950). Ein drittes Jubiläum wird i. allg. auf ebenso ritualistische Weise - am 11. Juli jedes Jahres begangen. An diesem Tag nämlich kam es i. J. 1961 zur Unterzeichnung des chinesisch-koreanischen Freundschafts-, Zusammenarbeits- und Beistandspaktes.

Bei jeder dieser Gelegenheiten pflegt China seine alten drei Forderungen zu wiederholen: Das UNO-Kommando in Korea (bestehend hauptsächlich aus US-Truppen) sei aufzulösen, ferner seien alle unter UNO-Flagge in Südkorea stationierten ausländischen Truppen abzuziehen und das Waffenstillstandsabkommen von Panmunjong durch ein Friedensabkommen zu ersetzen, das von den am koreanischen Waffenstillstandsabkommen Beteiligten unterzeichnet werden müsse. Korea dürfe nicht für alle Zeit im "unnatürlichen" Zustand des Waffenstillstands verbleiben, der ja nun bereits seit 1953 andauere. Wie lange eigentlich solle diese Pattsituation noch aufrechterhalten werden!? Aufgrund des Waffenstillstandsabkommens sollte dem Waffenstillstand von 1952 eine politische Konferenz auf höherer Ebene über die Lösung der Korea-Frage folgen. Wegen der "Sabotage der USA" habe bisher aber nicht einmal eine vorbereitende Konferenz stattgefunden. Auch 1954 hätten die USA einen koreanisch-chinesischen Vorschlag auf Einberufung einer politischen Konferenz verhindert. All diese Tatsachen bewiesen, daß die Einmischung der USA in Korea die Wurzel der dauernden Spannungen in Korea sei. Der Schlüssel zu einer friedlichen Lösung der Korea-Frage liege im Abschluß eines Friedensabkommens, welches das Waffenstillstandsabkommen ersetzt, und im Abzug aller US-Truppen. Alle Versuche der USA, zwei Koreas zu schaffen und die Teilung des Landes zu verewigen, müßten auf lange Sicht scheitern. Zu verurteilen sei die amerikanische Militärpräsenz, nicht zuletzt aber

auch der neue Versuch der USA, ein neues "Combat Power Build-up Program" in Südkorea (seit Beginn des Jahres 1982) aufzubauen. Aufgrund dieses "Programms" beabsichtigten die "US-Imperialisten", ein elektronisches Spionagebataillon von 500 bis 600 Mann aufzubauen, das für Flugzeug-, Boden- und Feldartillerieangriffe Vorbereitungsarbeit leisten sollte (5). Auch die Einführung neuer Typen von US-Kampfflugzeugen wurde von China verurteilt (6). China sieht die Stärkung der Kampfkraft südkoreanischer und amerikanischer Streitkräfte im engen Zusammenhang mit den Waffenlieferungen der USA an Taiwan. Am 29. März 1982 kündigte US-Verteidigungsminister Weinberger eine Verstärkung der Kampfkraft der in Südkorea stationierten rund 40.000 amerikanischen Soldaten an. Die gleichzeitige Modernisierung der Seestreitkräfte im Raum um Korea werde eine deutliche Wirkung auf das Gleichgewicht der Kräfte zur See im Pazifik haben. Für 1982 hat Washington Lieferkredite an Südkorea in Höhe von 210 Mio. US\$ eingeplant, 44 Mio. mehr als im Vorjahr. Obwohl China sonst nichts gegen eine Stärkung der US-Streitkräfte im ostasiatischen Raum einzuwenden hat (soweit diese nicht eine im Shanghai-Kommuniqué angesprochene "hegemoniale" Qualität annehmen), leistet es doch im koreanischen Kontext den Protesten Pyongyangs Lippendienste.

Gleichzeitig liefert China Waffen an Nordkorea, mit denen nicht nur die traditionelle "Waffenbrüderschaft" unterstrichen, sondern gleichzeitig Nordkorea von einer allzu intensiven Hinneigung zur Sowjetunion abgehalten werden soll. Häufig kommt es daher zum Austausch militärischer Delegationen. Im Juni 1982 hielt sich Verteidigungsminister Geng Biao in Korea auf (7). Einzelheiten über die gelieferten Waffen sind angesichts der strikten Geheimhaltung beider Staaten nicht zu erfahren. Zhao Ziyang hatte bei seinem Korea-Besuch jedoch u.a. Logistikfachleute in seinem Gefolge. Möglicherweise gehört auch die Lieferung weiterer Flugzeuge zu den Gesprächspunkten. China soll an Nordkorea 25 Kampfflugzeuge des Typs A-5 - seine verbesserte Version der MiG-21 - geliefert haben. 1975 bereits hatte China 50 MiG-19 aus eigener Herstellung an Nordkorea weitergegeben. Außerdem hat China Nordkorea mit Rohöl, An-2-Flugzeugen und T-22-Panzern beliefert. Da China im Jahr nur rund 40 Kampfflugzeuge produziert, wäre die Überlassung von 20 Einheiten

an Nordkorea in der Tat keine Kleinigkeit (8) - ein Zeichen dafür, was Nordkorea den Chinesen wert ist.

Hoch gepriesen wird die "heroische koreanische Volksarmee", die am 25. April 1982 ihren 50. Jahrestag feierte und zur "ersten antijapanischen bewaffneten Kraft Koreas" geworden sei. Nach der "Befreiung" i.J. 1945 schlug diese Armee innerhalb von drei Jahren die imperialistischen Angriffe der USA ab und wehrte zahlreiche militärische "Provokationen des Marionettenregimes in Südkorea" ab (9). Den Angriff der nordkoreanischen Streitkräfte auf Südkorea übergeht die chinesische Propaganda allerdings!

b) Wiedervereinigungsfrage

Nach den Vorstellungen Nordkoreas, die 1972 zum ersten Mal vorgetragen wurden, sollte die Wiedervereinigung durch eine Konföderation des Nordens mit dem Süden herbeigeführt werden. Dieser Plan zielt darauf ab, bei zeitweiliger Beibehaltung der unterschiedlichen politischen Systeme in Nord und Süd ein gemeinsames Organ zu bilden, das paritätisch aus Vertretern des Nordens und des Südens zusammengesetzt ist, und dessen Aufgabe es sein sollte, über alle Fragen Beschlüsse zu fassen, die die nationale Frage berühren. Obwohl zwei Drittel der 50 Millionen Koreaner im Süden leben, besteht der Norden aus Gleichstimmigkeit. Nach außen hin sollte Korea dann als Einheitsstaat unter der Bezeichnung "Konföderative Republik Koryo" auftreten.

Wichtigstes Hindernis für die Verwirklichung dieses Plans ist sowohl nach nordkoreanischer als auch nach chinesischer Vorstellung nicht etwa die Systemverschiedenheit oder aber der Wille irgendeines Teils der koreanischen Bevölkerung, sondern vielmehr die militärische Präsenz der USA, die als "äußere Intervention" gewertet wird und die durch die angebliche "Aggressionsgefahr aus dem Norden" gerechtfertigt wird.

Um die Amerikaner zum Verlassen Südkoreas zu motivieren, hat Pyonyang - unter dem Beifall Beijings - einen amerikanisch-nordkoreanischen Dialog vorgeschlagen, an dessen Ende das Waffenstillstandsabkommen von 1953 durch einen Friedensvertrag ersetzt werden soll. Nach den Vorstellungen der nordkoreanischen Führung könnte ein solcher Dialog allerdings nur geführt werden, wenn die Amerikaner nicht auf einer Teilnahme der

südkoreanischen Seite bestehen.

Diese Anregungen waren nicht neu, wurden aber im August 1981 erneut vorgetragen und zwar von der KP Nordkoreas sowie 22 anderen politischen "Parteien" und gesellschaftlichen Organisationen. China spendete sofort Beifall (10). Leider behindere die "Clique um Chon Doo Hwan", die die Schaffung von zwei koreanischen Teilstaaten anstrebe, den "Dialog", um so am Ende an dem Kurs des vor zwei Jahren ermordeten Park Chung Hee festzuhalten, daß nämlich Süd- und Nordkorea gemeinsam in die UNO eintreten oder aber daß Südkorea allein Mitglied der UNO wird (11).

Inzwischen hat Chon Doo Hwan am 22. Februar 1982 einen erneuten Wiedervereinigungsvorschlag unterbreitet, der sieben Punkte umfaßt:

- Bis zur Wiedervereinigung müssen die Beziehungen zwischen dem Süden und dem Norden nach dem Prinzip der Gleichberechtigung und der Gegenseitigkeit beruhen.

- Beide Staaten verzichten auf alle Arten militärischer Gewaltanwendung und andere Gewaltakte (wie auch auf ihre Androhung) und streben die Lösung aller Probleme durch Dialog und Verhandlung an.

- Beide Seiten erkennen gegenseitig die bestehende politische Ordnung und die gesellschaftlichen Institutionen an und mischen sich in keiner Weise in die inneren Angelegenheiten der Gegenseite ein.

- Beide Seiten halten sich an den in Kraft befindlichen Waffenstillstand, während sie Maßnahmen zur Beendigung des Wettrüstens und der militärischen Konfrontation ausarbeiten, um auf diese Weise Spannungen abzubauen und einen Krieg auf der koreanischen Halbinsel zu verhindern.

- Durch Austausch und Zusammenarbeit bewegen sich Süd- und Nordkorea allmählich aufeinander zu. Der freie Reiseverkehr zwischen beiden Hälften solle erleichtert werden, getrennte Familien seien zusammenzuführen, Handel und Verkehr sollen gefördert werden. Die Postverbindungen seien wiederherzustellen, und es soll ein Austausch im Bereich des Sports, der Wissenschaft, der Volksbildung, der Kultur, des Gesundheitswesens, der Technik und des Umweltschutzes stattfinden. Journalisten sollen vom je-

weils anderen Gebiet berichten können.

- Bis zur Wiedervereinigung hätten beide Seiten die bilateralen und multilateralen Verträge der Gegenseite zu respektieren.

- Süd- und Nordkorea sollten ständige Vertretungen mit Sitz in Seoul und Pyongyang einrichten. Ihre Leiter sollen den Rang eines Kabinettsministers haben.

Dieser Stufenplan war von dem "Rat für die Politik der friedlichen Wiedervereinigung" ausgearbeitet worden, der am 5. Juni 1981 in Seoul gegründet worden war. Die nordkoreanische Seite wies diesen Vorschlag als "Humbug" zurück, da hiermit nicht eine Wiedervereinigung, sondern vielmehr eine Zwei-Korea-Lösung angestrebt werde (12).

Anfang März schlug das koreanische Komitee zur friedlichen Wiedervereinigung des Vaterlandes - offensichtlich in Erwiderung der südkoreanischen Initiative - eine "gemeinsame Nord-Süd-Konferenz von 100 koreanischen Politikern" vor, die den toten Punkt bei den Gesprächen überwinden solle. Auch hier klatschte China wieder Beifall (13).

Entscheidend für die chinesische Politik ist der Wille, jede Initiative Nordkoreas gutzuheißen und jeden Gegenvorschlag Südkoreas als absurd zu verurteilen - und dies, obwohl China eigentlich die derzeitige Spaltungslösung von seiner objektiven Interessensituation her als die beste aller Möglichkeiten betrachten müßte; sollte es nämlich wirklich zu einer Wiedervereinigung unter nordkoreanischer Ägide kommen, so könnte man chinesischerseits durchaus nicht sicher sein, ob dieses wiedervereinigte Land sich am Ende nicht mehr der Sowjetunion als der VR China zuneigte. China treibt hier m.a.W. ein doppeltes Spiel: Es wünscht sich im stillen den Status quo, aber es stellt sich nach außen hin hinter die nordkoreanische Wiedervereinigungslösung. Wie teuer eine Veränderung des Status quo sein kann, hat China in den fünfziger Jahren erfahren, als Nordkorea die Wiedervereinigung mit militärischen Mitteln zu erzwingen versuchte und dadurch die geballte UNO/USA-Kampfmaschinerie auf sich zog - woraufhin die chinesischen "Volksfreiwilligen" einzurücken hatten.

c) Negative Beurteilung der US-Präsenz in Südkorea

China leistet der nordkoreanischen

Führung in allen Fragen, die die US-Präsenz betreffen, Lippendienste, ob nun ein amerikanisches Erkundungsflugzeug über Nordkorea auftaucht (14), ob gegen die These von einer "Invasionsdrohung aus dem Norden" zu polemisieren ist (15) oder ob die USA an Südkorea moderne Waffen liefern bzw. mit den südkoreanischen Truppen gemeinsame Manöver durchführen. Amerikanische Maßnahmen zur Stärkung der südkoreanischen Militärmacht liefern dem gemeinsamen Wunsch des koreanischen Volkes nach Wiedervereinigung zuwider. Die US-Behörden sollten mit solchen Einmischungsversuchen gefälligst aufhören.

d) Südkorea

Über die Zustände in Südkorea weiß die chinesische Propaganda nur Negatives zu berichten. Beliebte Themen sind die Flucht koreanischer Soldaten nach Nordkorea (16), südkoreanische Studentendemonstrationen (17), die Einrichtung neuer "Sondergefängnisse" (18), die Einkerkерung des oppositionellen Kim Dae Jung (19), der Kwangju-Aufstand vom 17. Mai 1980 und der ständig weiter vorangetriebene Ausbau der südkoreanischen "Militärdiktatur". Über Nordkorea nur Gutes - über Südkorea nur Schlechtes - dies ist die Devise der chinesischen Propaganda, die hier völlig auf Schwarzweißmalerei eingestellt ist.

e) Handelsbeziehungen Chinas mit Südkorea?

Immer wieder hat sich Beijing hier mit der lästigen "antichinesischen Propaganda" Moskaus auseinandersetzen, das China beschuldigt, nicht nur mit Südafrika, sondern auch mit Südkorea intensiven Handel zu betreiben. Obwohl offizielle Stellen solche Behauptungen immer wieder von sich weisen (20), scheint ein solcher Handel doch in beträchtlicher Höhe zu existieren. Nach Angaben des Hongkonger Census and Statistics Department wurden z.B. südkoreanische Güter, die für China bestimmt waren, zwischen Januar und Oktober 1980 in Höhe von 28 Mio. US\$ in Hongkong verfrachtet. Noch ein Jahr vorher waren es nur 3 Mio. US\$ gewesen (21). Insgesamt sollen China und Südkorea i.J. 1980 300 Mio. US\$ umgesetzt haben.

An keiner Stelle ist etwas darüber nachzulesen, ob dieses Thema auch beim Besuch Kim Il Sung's zur Sprache kam.

Die Visite Kims wurde "unbela-

stet" von solchen spezifischen Punkten geschildert. In der Propaganda waren stattdessen gegenseitige Artigkeiten nachzulesen. So z.B. bewunderte China das exzellente Gesundheitssystem Nordkoreas, während Kim Il Sung verschiedenen chinesischen Einrichtungen durch seinen Besuch Reverenz erwies, z.B. der wieder auf Hochglanz gebrachten historischen Stadt Xi'an (22) oder einer der für die chinesische Landwirtschaft so typischen Biogasanlagen nahe Chengdu (23). Umgekehrt kam die Person Kim Il Sung's groß heraus. U.a. hatte schon Zhao Ziyang bei seinem Korea-Besuch die Geburtsstätte des Präsidenten aufgesucht und damit einem nordkoreanischen Ritual genügt, das in China inzwischen ("Personenkult") abgelehnt wird (24).

Am Vorabend der Reise Kim Il Sung's war es auch zur Gründung einer Städtepartnerschaft zwischen Shanghai und Hamhung gekommen (25).

III. Freundschaft mit Japan: der Besuch des japanischen Ministerpräsidenten Zenko Suzuki in China (26.9.-2.10.82)

1. Zehnjährige Bilanz der chinesisch-japanischen Beziehungen

Eigentlicher Anlaß der Visite war die Feier zum 10jährigen Bestehen der diplomatischen Beziehungen zwischen Beijing und Tokyo am 28. September. Gerade zu diesem Zeitpunkt war Chinas Außenpolitik gegenüber Japan wieder einmal höchst zwiespältig: Auf der einen Seite lief der "Schulbuchstreit" auf Hochtouren (26), auf der anderen Seite fand die chinesische Führung die wärmsten Worte für die beiderseitige Zusammenarbeit. In einer langen Liste werden die wichtigsten Errungenschaften in den bilateralen Beziehungen folgendermaßen aufgezählt:

- die Ankündigung der Normalisierung am 29. September 1972,

- die Unterzeichnung des chinesisch-japanischen Friedens- und Freundschaftsvertrags vom 12. August 1978 und

- die Proklamation eines Dreipunkte-Prinzips für die langfristige Stabilisierung der bilateralen Beziehungen, wie sie von Zhao Ziyang bei seinem Japan-Besuch im Mai 1982 vorgeschlagen und von den Japanern akzeptiert worden war (die drei Punkte lauten in Kurzfassung: Friede und

Freundschaft; Gleichheit und gegenseitiger Vorteil; langfristige Stabilität) (27).

Auf folgenden Gebieten hätten die beiderseitigen Beziehungen seit 1972 Früchte getragen:

- Unterzeichnung einer Reihe von Abkommen über Handel, Post- und Kommunikationswesen, Luft- und Seeverbindungen, Fischerei, Kultur, Wissenschaft und Technologie.

- Das bilaterale Handelsvolumen hat sich fast verzehnfacht und zwar von 1,1 Mrd. US\$ i.J. 1972 auf 10 Mrd. \$ i.J. 1981; Japan ist damit der mit Abstand wichtigste Handelspartner der VR China.

- Auf touristischem Gebiet hat sich die Zahl der Besucher verzehnfacht, und zwar von 9.000 i.J. 1972 auf 127.000 i.J. 1981.

- Es wurden 42 Patenschaften zwischen chinesischen und japanischen Städten geschlossen.

China freut sich auch darüber, daß die "antihegemonistischen Gemeinsamkeiten" Früchte getragen hätten:

- Bei den UNO-Generalversammlungen von 1980 und 1981 hätten beide Länder die sowjetische Invasion Afghanistans und die vietnamesische Invasion Kambodschas verurteilt.

- Beide Seiten unterstützten die Dreierkoalition in Kambodscha, träten für einen Nord-Süd-Dialog ein und arbeiteten für die Wiederherstellung des Friedens in Mittelest.

Auch der diplomatische Austausch habe sich zufriedenstellend entwickelt:

- Seit Ende 1980 hätten sich die Ministerpräsidenten beider Länder zweimal getroffen; es sei zum Besuchsaustausch auf allen Ebenen gekommen. Anfang September 1982 sei ein erstes "Volks-Volks-Treffen" vereinbart worden, und zwar für den 7. Oktober in Tokyo. Durch solche Zusammenkünfte soll die Rolle privater Beziehungen zwischen den beiden Völkern verstärkt werden (28).

Die chinesisch-japanischen Beziehungen sind also hauptsächlich auf das "Drei-Punkte-Prinzip" vom 1. Juni 1982 sowie auf jener Antihegemonie-Vereinbarung von 1978 gegründet, derzufolge beide Seiten sich verpflichten, weder selbst Hegemonie auszuüben, noch zu dulden, daß eine andere Macht hegemonial auftritt.

Weitere Gemeinsamkeiten sind die gegenseitige Übereinstimmung in der Beurteilung der allgemeinen Weltlage. Danach ist die gegenwärtige internationale Situation durch steigende Spannungen bestimmt. Die Grundursache liege in der Rivalität der beiden Supermächte. Diese hätten demzufolge als erste mit der Abrüstung zu beginnen. Japan und China seien gemeinsamen Gefahren ausgesetzt. Beide sind sich auch in der Afghanistan- und in der Kambodscha-Frage einig und unterstützen das ASEAN-Bündnis.

Gewisse Differenzen gab es bei der Beurteilung der USA, Südkoreas und der Sowjetunion. Das US-Verhalten betrifft vor allem die Waffenlieferungen an Taiwan; in Südkorea arbeitet Japan eng mit der dortigen Regierung zusammen; gegenüber der Sowjetunion strebt Japan - neben der auch von China befürworteten Rückgabe der vier Kurileninseln - den Abschluß eines Friedensvertrags an. Auf keinen Fall soll die Wirtschaft von der Politik getrennt und eine "prinzipienlose wirtschaftliche Zusammenarbeit" betrieben werden (29). Trotz dieser offiziellen Erklärungen sieht China beunruhigt zu, wie Japan sich beispielsweise am sowjetischen Erdgasröhrengeschäft beteiligt. Mit Befriedigung stellt China andererseits fest, daß die Sowjetunion über die japanische Uninteressiertheit an der Entwicklung Sibiriens "enttäuscht" sei (30).

Eine nicht ganz klare Haltung zeigen die Chinesen gegenüber der japanischen Aufrüstung: Auf der einen Seite fordern sie ein stärkeres Engagement der Japaner für die Verteidigung der gemeinsamen Interessen in Ostasien, und zwar angesichts der wachsenden Flottenpräsenz der Sowjetunion; auf der anderen Seite wird ihnen neuer "Militarismus" vorgeworfen (und zwar vor allem im Zusammenhang mit dem oben erwähnten "Schulbuchstreit"); gleichzeitig berichtet Xinhua (31) mit gewisser Genugtuung über die großen Antinukleardemonstrationen in Japan, vor allem in Hiroshima. Im Zeichen des Widerstands gegen ein Wiederaufleben des "Militarismus" (32) wurde auch der 51. Jahrestag des "Zwischenfalls vom 18. September" in Erinnerung gebracht, jenes "Zwischenfalls von Mukden" also, durch den die japanische Kwangju-Armee einen Anlaß bekam, sich der Mandschurei zu bemächtigen und später das Kaiserreich Manchukuo auszurufen. Die "Volkszeitung" (33) verurteilt in einem Leitartikel jene "japanischen Militaristen", die "den Militarismus

wiederbeleben und die sino-japanische Freundschaft untergraben" wollten. Der Militarismus trete vor allem im Zusammenhang mit der Schulbuchkorrektur zutage. Einige ewig Gestrige forderten die Wiedereinführung des Kaiserkults. Die Ersetzung des Wortes "Aggression" durch "Vormarsch" enthülle den wahren Charakter dieser Leute. Der Leitartikel wendet sich auch gegen die Zeremonien vor dem Yasukuni-Schrein, wo eine Reihe von "Kriegsverbrechern" verehrt würden. Seit den frühen siebziger Jahren versuchten gewisse Kreise in Japan auch, mit Mitteln des Films den "japanischen Militarismus weißzuwaschen". Wieder andere wollten in Japan ein "Denkmal für die Gründung des Staats Mandschurei" errichten. All dies seien höchst bedenkliche Entwicklungen, gegen die sich das japanische Volk und die japanische Regierung zur Wehr setzen müßten. China bedauert auch, daß es nie eine Abrechnung mit Groß-Japan gegeben habe, und daß neuerdings der 1948 als Kriegsverbrecher angeklagte Tojo wieder zu Ehren komme.

Die Chinesen trösten sich angesichts der neuen "großjapanischen" Filmwelle auch nicht damit, daß es inzwischen zu einer Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern bei der Filmproduktion gekommen ist (34), und daß Premierminister Suzuki am Grab der chinesischen Volkshelden einen Kranz hinterlegte (35).

2. Einzelfragen

a) Zum japanisch-sowjetischen Territorialstreit

Japan hat nach chinesischer Auffassung ein Recht, von der Sowjetunion die vier Kurileninseln zurückzufordern.

Seit den Aussagen Mao Zedongs über die "nördlichen Territorien" i.J. 1966 gehört die VR China zu den entschiedensten Verfechtern der Ansicht, daß die vier Kurileninseln Habomai, Shikotan, Kunashiri und Etorofu, die heute von der Sowjetunion besetzt sind, an Japan zurückgegeben werden müssen. Diese Inseln wurden vor 126 Jahren in dem vom zaristischen Rußland und Japan unterzeichneten "Handels-, Schiffsverkehrs- und Grenzvertrag" vom 7. Februar 1855 eindeutig Japan zuerkannt. Das Problem der nördlichen Territorien seien das Ergebnis der gewaltsamen Besetzung dieser Inseln durch die Sowjetunion und der Ablehnung einer Rückgabe nach Beendigung des 2. Welt-

kriegs. Die japanische Regierung habe mehrmals ihre Bereitschaft ausgedrückt, mit der Sowjetunion über die Lösung dieses Problems zu verhandeln, sei aber in Moskau stets auf Ablehnung gestoßen. Heutzutage wünscht die Sowjetunion mit Japan den Abschluß eines "Vertrags über gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit", den auch Japan gerne unterzeichnen möchte, wenn vorher die vier Inseln zurückgegeben werden.

Japan hat hierzu folgende drei Punkte entwickelt:

- Die Sowjetunion solle zu ihrem Standpunkt zurückkehren, wie er in der gemeinsamen Erklärung von 1973 niedergelegt wurde, daß nämlich der Territorialstreit zwischen beiden Ländern "noch ungelöst" sei.

- Sodann werden die sowjetischen Truppen von den nördlichen Inseln abgezogen.

- Anschließend wird ein japanisch-sowjetischer Friedensvertrag unterzeichnet.

Die Sowjetunion geht demgegenüber davon aus, daß zwischen beiden Ländern keine territorialen Streitigkeiten bestünden, daß vielmehr ohne alles Wenn und Aber ein Vertrag über gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit geschlossen werden solle, der dann die Basis für die künftigen japanisch-sowjetischen Beziehungen abgebe. Dieser Meinungsaustausch fand beim zweiten Arbeitsgespräch zwischen beiden Staaten vom 20. bis 22. Januar 1982 in Moskau statt (36).

Tokyo geht - hierin von Beijing unterstützt - davon aus, daß alle japanischen Bewohner auf den vier Inseln von den Sowjets mit Gewalt vertrieben wurden. Die meisten von ihnen leben jetzt im Gebiet von Nemuro/Hokkaido und dürfen noch nicht einmal die Gräber ihrer Vorfahren besuchen. Außerdem hat die Sowjetunion eine exklusive 200-Seemeilen-Fischereizone entlang der Küsten der vier Inseln festgelegt. Bis Mitte 1981 hatte die Sowjetunion insgesamt 1.016 japanische Fischereifahrzeuge beschlagnahmt und 13.257 Fischer gefangenommen, die in diese Zone angeblich illegal eingedrungen waren.

Außerdem baut die Sowjetunion trotz wiederholter Proteste der japanischen Regierung auf den vier Inseln militärische Anlagen auf und verstärkt ihre dortigen Truppen. Die dortigen Verbände sind bis zur Divisionsstärke mit Panzern und Feldkampfar tillerie

ausgerüstet worden. Außerdem verletze die Sowjetunion ständig die Hoheitsgewässer und den Luftraum Japans, so daß Japan sich bedroht und zu Gegenmaßnahmen gezwungen sehe. So hat Japan inzwischen beschlossen, auf der nördlichen Insel Hokkaido eine Panzerdivision zu stationieren. Japan werde alles daran setzen, sein Verteidigungsprogramm effektiv auszubauen (37).

1981 wurde der 7. Februar (in Gedanken an den 7. Februar 1855) zum "Tag der nördlichen Territorien" erklärt. Außerdem wurde ein "Komitee für die Rückkehr der nördlichen Inseln" gegründet - ein Akt, der in der Moskauer Propaganda als "Antisowjetismus", als "Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Sowjetunion" und als "Provokation" bezeichnet wird. Am 10. September 1981 flog Ministerpräsident Suzuki etwa eine Stunde lang mit dem Hubschrauber an der Küste von Nemuro nach Rausu an der Osthokkaido-Küste, um von dort aus die vier nördlichen Inseln zu beobachten. Die Chinesen beklatschten dies Ereignis ebenso (38) wie die Ausrufung des "Tags der nördlichen Territorien", der ihrem Ritualismusverständnis in hohem Maße entgegenkommt (39).

Während die Sowjets noch 1972 geneigt schienen, zumindest die Inseln Habomai und Shikotan, die unmittelbar vor Nemuro liegen, zurückzugeben, zeigen sie sich seit der Unterzeichnung des chinesisch-japanischen Friedens- und Freundschaftsvertrag von 1978 in der Kurilen-Frage starr und unnachgiebig.

b)

Zum japanisch-sowjetischen Verhältnis

Die obenerwähnte Nordkurilen-Frage beeinflusst auch die übrigen sowjetisch-japanischen Verhandlungen und Unternehmen. Im Gegensatz zur offiziellen japanischen Versicherung werden allerdings Politik und Handel keineswegs miteinander vermengt, sondern in Wirklichkeit fein säuberlich voneinander geschieden. So enden zwar die meisten Gespräche politischer Natur in der Sackgasse (also bereits die Vorschläge auf Abschluß eines Friedensvertrags, auf Rückgabe der nördlichen Territorien, auf Rückzug der Sowjettruppen von den Inseln und auf Rückkehr der Sowjetunion zu der gemeinsamen Erklärung von 1973) (40). China freut sich jedesmal, wenn Japan gegen sowjetische Raketenstarts (41), gegen das Eindringen sowjetischer Flugzeuge in einen japanischen Luftraum (42) oder gegen Marine-

übungen der Sowjetunion im "Acht-Ozean-Areal" vor der sibirischen Küste (43) protestiert. Es zeigt sich auch höchst zufrieden, wenn Japan die von der Sowjetunion vorgeschlagenen "vertrauensbildenden Maßnahmen" mit dem Hinweis ablehnt, daß die Sowjetunion zuerst durch "konkrete Taten" (wie den Abzug ausländischer Truppen aus Afghanistan und Kambodscha) beweisen müsse, daß es ihr wirklich um Vertrauenswerbung gehe. Obwohl die Sowjetunion in Fernost einerseits ihre Militärmacht als Druckmittel und andererseits ihre Ressourcen in Sibirien als Köder anbiete, lasse sich Japan davon nicht beeindrucken (44). Gleichwohl ist Japan keineswegs abgeneigt, mit der Sowjetunion handfeste Geschäfte abzuschließen. Es hat zwar den Chinesen zuliebe auf den Bau von Straßen und Pipelines in Sibirien verzichtet, doch beteiligt es sich mit Maschinenlieferungen beim Bau der Erdgasleitung von Sibirien nach Europa; außerdem liefert es selbst solche Güter, die Moskau in den Dienst seiner Militärmacht stellen kann. So wird beispielsweise inzwischen ein Schwimmdock aus Japan, das von der Firma Ishikawajimiharima Heavy Industries 1979 geliefert wurde (80.000 t), für die Reparatur sowjetischer Kriegsschiffe, u.a. des Flugzeugträgers Minsk, verwendet (45). Ferner streitet sich Japan mit den Amerikanern auf eine für den chinesischen Geschmack recht unwürdige Weise um ein sowjetisches Öl- und Gaserschließungsprojekt auf der sowjetischen Fernostinsel Sachalin. Im Februar 1982 hatte die amerikanische Regierung Japan darüber informiert, daß das japanisch-sowjetische Sachalinprojekt gegen anti-sowjetische Handelssanktionen verstoße. Japan dürfe beim Bau dieses Projekts keine amerikanischen Techniken, Maschinen und Ersatzteile verwenden. Japan schlug diese Warnungen jedoch in den Wind, da sich seine Industrie vom Sachalinprojekt die Lieferung von Gas und Erdöl verspricht. Nach chinesischer Auffassung will der Kreml das Sachalin-Joint Venture auch als wirtschaftlichen Köder benutzen und Japan locken, sich von den USA abzuwenden, um so - koordiniert zu dem westeuropäischen Gaspipelineprojekt - die westliche Allianz zu spalten.

c)

China wendet sich gegen eine Finnlandisierung Japans und befürwortet eine Stärkung der japanischen Selbstverteidigung

Schon seit Mitte der siebziger Jahre ist es Chinas Wunsch, daß

Japan einen höheren militärischen Anteil zum Zwecke der Friedenssicherung in Asien tragen soll. Auch in den "Vertrag über Frieden und Freundschaft" zwischen China und Japan von 1978 wollte China eine solche Verpflichtung Japans gegen die Sowjetunion einbauen. Allerdings sicherten sich die Japaner in Art.4 dieses Vertrages das Recht, ihre Außenpolitik so zu gestalten, daß der 1978er Vertrag "nicht die Stellung einer der Vertragsparteien gegenüber Drittländern" berührt. Damit besaß Japan eine Rechtsgrundlage für seine Bemühungen, eine gewisse Distanz gegenüber Chinas antisowjetischen Kampagnen zu wahren. Auf der Grundlage dieses Vorbehalts weigerten sich die Japaner, den chinesischen "Erziehungsfeldzug" gegen Vietnam im Februar/März 1979 zu unterstützen.

China nimmt solche Distanzierungsversuche Japans nicht zur Kenntnis, sondern versucht, dieses Land auf den Nenner seiner antihegemonialen Politik zu bringen, u.a. auch im Aufrüstungsbereich. Vor allem weist China immer wieder darauf hin, daß sich die Zeiten geändert haben: Die USA hätten sich seit dem Ende des Vietnamkriegs zunehmend aus dem asiatisch-pazifischen Raum zurückgezogen, während die Sowjetunion gleichzeitig ihre Streitkräfte in diesem Bereich laufend ausbaue. Japan selbst habe - Gott sei Dank - begriffen, daß die Gefahr von seiten der Sowjetunion wachse. Dies gehe vor allem aus den jährlich erscheinenden Verteidigungs-Weißbüchern der japanischen Regierung hervor, deren Analyse sich im Zeitraum zwischen 1976-1980 zunehmend verdüstert habe: Im Weißbuch von 1976 sei noch optimistisch - von einem Wechsel zwischen Détente und Spannung sowie davon die Rede gewesen, daß z.Z. kein großangelegter bewaffneter Angriff auf Japan befürchtet werden müsse. Das Weißbuch von 1977 habe dagegen bereits eine Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen sowjetischen und amerikanischen Truppen festgestellt, und im Weißbuch von 1978 sei die "intensive Verstärkung der sowjetischen See- und Luftstreitkräfte im Fernen Osten" als "unübersehbare Tatsache" herausgestrichen worden. Das Weißbuch von 1979 habe auf die zunehmenden Militäroperationen der Sowjetunion in der Umgebung Japans hingewiesen, durch die die Sicherheit der japanischen Verkehrswege zur See beeinträchtigt werde. Im Weißbuch von 1980 schließlich sei bereits von einer ständig zunehmenden "latenten

Gefahr für Japan" die Rede (46).

Unter diesen Umständen finden es die Chinesen durchaus begrüßenswert, daß Japan eine Erhöhung seiner Verteidigungsausgaben auf 1,1% des Bruttosozialprodukts festgelegt hat. China begrüßt, daß Japan seine Zahl an Panzern, Kriegsschiffen und Flugzeugen den Bedürfnissen der neuen Lage anpassen will. Ein Plan für die nationale Verteidigung für die Fiskaljahre 1983-87, der am 23.Juli 1982 beschlossen wurde, sehe in dem 5-Jahres-Raum Militärausgaben zwischen 61,6 Mrd. und 64,7 Mrd.US\$ vor. Falls der Plan durchgeführt wird, wäre damit eine Verteidigungskapazität geschaffen, wie sie bereits im "Allgemeinen Verteidigungsgrundriß" von 1976 eingeplant war - jenem Plan also, der vorsieht, daß das Land die Fähigkeit annehmen soll, wenigstens einer "beschränkten und kleiner angelegten Aggression" zu begegnen. Im "Grundriß" wird vor allem die Luft- und U-Boot-Kapazität hervorgehoben sowie die Logistik und die Beherrschung der elektronischen Kriegsführung. Neben dem Küstenschutz sollen auch die Bodentruppen mit mehr Panzern, Lastwagen, gepanzerten Fahrzeugen und Antipanzerraketen ausgerüstet werden. 49 Kriegsschiffe mit zusammen 97.000 t sollen in der 5-Jahres-Periode gebaut werden. Die Luftwaffe wird F-15-Jagdflugzeuge erhalten.

Mit all diesen Ausgaben würde, wie bereits betont, im Jahre 1984 die 1%-BSP-Schallmauer durchbrochen. 1982 liegen die Verteidigungsausgaben mit 10,2 Mrd.US\$ bei 0,93% des BSP. Im 5-Jahres-Zeitraum wird der Militärhaushalt jährlich um 5,1% zunehmen. Für solche Anstrengungen spart China nicht mit Beifall (47). Die Chinesen begrüßen auch die landesweiten Militärübungen der Selbstverteidigungskräfte (48), die gemeinsamen Marineübungen Japans, der USA, Kanadas, Australiens und Neuseelands im Pazifik (49), japanische Marinedemonstrationen (50), die Abhaltung des Tags der Japanischen Selbstverteidigungskräfte (51) und die japanisch-amerikanischen Marineübungen im Westpazifik (52).

Die Sowjetunion (53) beschuldigt Japan und China einer gemeinsamen militärischen Zusammenarbeit - eine Behauptung, wie sie sowohl von Tokyo als auch von Beijing bestritten wird. Schon Zhao Ziyang hatte bei seinem Tokyo-Besuch betont, daß die drei Grundsätze Japan für eine chinesisches-japanische Wirtschaftszusam-

menarbeit, wie sie vom ehemaligen Ministerpräsidenten Ohira im Jahre 1979 verkündet worden waren, die militärische Zusammenarbeit ausschließen. China sei mit dieser Version einverstanden gewesen und halte sich auch heute noch daran.

China geht auch davon aus, daß die sowjetische Bedrohung Japans hauptsächlich durch Zusammenarbeit der Japaner mit den Ländern Westeuropas und der USA abgewendet werden soll - und nicht durch eine militärische Zusammenarbeit zwischen Japan und China. Diese Forderung ergebe sich daraus, daß Japans Interessen nicht nur im chinesisch-japanischen Nachbarbereich, sondern weltweit bedroht seien, nämlich in Südostasien, vor allem an der Malakka-Straße, am Persischen Golf und eben überall dort, wo die wichtigen japanischen Schifffahrtslinien verlaufen. China mit seiner beschränkten Flottenkapazität könnte hier ohnehin nicht helfend eingreifen.

Höchst interessiert zeigten die Chinesen sich an dem neuen japanischen Verteidigungskonzept, das im Juli 1980 unter dem Titel "Bericht über die integrierte Sicherheitspolitik" veröffentlicht wurde. "Integrierte Sicherheitspolitik" - dieser Schlüsselbegriff - geht davon aus, daß die japanische Sicherheit nicht nur von militärischen Kräften abhängt, sondern die Einbeziehung von Diplomatie, wirtschaftlicher Zusammenarbeit, Energiepolitik, Sicherung der Getreideversorgung etc. verlange. "Integriert" ist dieses Programm darüber hinaus aber auch noch insofern, als nicht nur das Schicksal Japans allein ins Auge gefaßt, sondern von einer "globalen Schicksalsgemeinschaft" ausgegangen wird.

Die Strategie der "integrierten Sicherheitspolitik" umfaßt vor allem drei Bestandteile:

- Erstens eine Art gaullistischer Betrachtungsweise. Bisher sei Japan stets blindlings den USA auf Schritt und Tritt gefolgt und habe immer nur kurzfristige Wirtschaftsinteressen im Auge gehabt. Eine solche Einstellung sei in den ersten zwei Jahrzehnten nach dem von Japan verlorenen 2.Weltkrieg vielleicht noch gerechtfertigt gewesen, nicht mehr jedoch heute im Angesicht der wachsenden Bedrohung durch die Sowjetunion. Japan müsse sich heute mehr auf die eigenen sowie auf die gemeinsamen antisowjetischen Kräfte stützen. Insofern nehme seine neue Politik globalen Charakter an.

- Zweitens wird den wirtschaftlichen vor den militärischen Abwehrmitteln Vorrang eingeräumt - etwa nach der Devise "die Wirtschaftskraft als Waffe einsetzen". Die wirtschaftliche Diplomatie steht m.a.W. im Vordergrund, während militärische Mittel soweit wie möglich vermieden werden sollen.

- Drittens solle bei der Aufrechterhaltung der Sicherheit eine Art Arbeitsteilung zwischen den Verbündeten herrschen. Die Chinesen hören dies nicht besonders gerne, da Japan mit dem Arbeitsteilungskonzept offensichtlich versucht, andere Staaten für seine Verteidigung und Sicherheit zahlen zu lassen und die eigenen Opfer dadurch so gering wie möglich zu halten. Die chinesische Seite macht darauf aufmerksam, daß die USA heute im Ernstfall wohl kaum noch die Kastanien für Japan aus dem Feuer holen werde. Japan werde von den USA notfalls genauso geopfert wie ein Eidechsen-schwanz (54).

Abschließend wird in diesen Betrachtungen eine stärkere Selbständigkeit Japans gefordert - parallel zu der "halbgaullistischen" Option der EG-Länder (vgl. dazu den EG-Aufsatz im vorliegenden Heft). Selbständigkeit bedeute nicht nur wachsende Unabhängigkeit von den USA (nach demselben Schema, wie dies heute bereits von der EG vor-exerziert werde), sondern auch eine entschlosseneren Nord-Süd-Politik und eine Unterstützung der neuen internationalen Wirtschaftsordnung. Wenn Japan seine Rohstoff- und Energiequellen absichern wolle, komme es langfristig um eine ehrliche Entscheidung in dieser Frage nicht herum. Vorerst verhalte es sich in dieser Hinsicht leider noch recht "unrealistisch".

Immerhin aber sieht China positive Anfänge. Bezeichnenderweise trat Suzuki seinen ersten Auslandsbesuch nicht - wie bisher seit 1945 üblich - in den USA an, sondern in den ASEAN-Ländern. Erst dann folgten die USA und Westeuropa. Nach wie vor seien die Beziehungen zu den USA zwar "Pfeiler der japanischen Außenpolitik - und zwar vor allem im Wirtschafts- und Sicherheitsbereich. Doch werde sich diese Prioritätensetzung langfristig ändern müssen (55).

d)

Wirtschaftliche Beziehungen, "die Generationen überdauern" sollen

Bei seinem Besuch in Tokyo hatte Zhao Ziyang am 1. Juni 1982 seinen

bereits erwähnten 3-Punkte-Grundsatzvorschlag zum Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zwischen China und Japan unterbreitet. Die drei Punkte lauten:

Erstens: Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen China und Japan sollten auf der Grundlage der derzeitigen friedlichen und freundschaftlichen Bande sowie in Übereinstimmung mit der chinesisch-japanischen gemeinsamen Erklärung (von 1972) und dem chinesisch-japanischen Friedens- und Freundschaftsvertrag (von 1978) tatkräftig entwickelt werden.

Zweitens: Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen China und Japan sollten in Umfang und Intensität ständig weiterentwickelt werden, und zwar entsprechend dem Grundsatz der Gleichheit und des beiderseitigen Nutzens sowie auf der Grundlage der jeweiligen Bedürfnisse und Möglichkeiten, um so zur Deckung der Bedürfnisse des jeweils anderen beizutragen und die Mängel des jeweils anderen auszugleichen.

Drittens: Die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen China und Japan sollte langfristig und stabil und unempfindlich gegen nationale Schwankungen sein. Ferner sollte sie mit den grundlegenden Interessen der Völker beider Länder sowie deren Wünschen nach einer Generationen überdauernden Freundschaft übereinstimmen.

Die drei Punkte ließen sich zusammenfassen unter den Stichworten "Friede und Freundschaft, Gleichheit und beiderseitiger Nutzen sowie langwährende Stabilität" (56). Ganz in diesem Sinne haben sich die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Seiten laufend ausgedehnt. Das Handelsvolumen steigerte sich von 1,1 Mrd. US\$ i.J. 1972 auf 10 Mrd. i.J. 1981. Japan ist damit der mit Abstand größte Handelspartner Chinas. Etwas pathetisch kann man behaupten, daß die chinesisch-japanischen Beziehungen in den letzten 2000 Jahren kaum besser waren als im gegenwärtigen Zeitraum. China pflegt die Beziehungen, weil es wirtschaftlich und technologisch viel zu gewinnen hat und überdies dann auch noch im politischen Bereich die "japanische Karte" ausspielen kann. Japan liefert in seinen Waren kostbares Know-how mit und arbeitet auf technischem Gebiet (z.B. im Bereich von Infrastruktur, Landwirtschaft, Eisenbahnen, Hafenaufbau, medizinischer Betreuung, Gesundheitspflege und Betriebsverwaltung, Modernisierung von Fabriken, hydroelektrische

Stromerzeugung und bei der Erschließung von Buntmetallen) eng mit China zusammen. Zufriedenheit darüber wurde vor allem bei der zweiten Konferenz chinesischer und japanischer Regierungsbeamter am 15./16. Dezember 1981 ausgedrückt (57). Selbst militärisch "empfindliche" Güter werden geliefert, so z.B. ein Großcomputer von Hitachi - und zwar nach Genehmigung durch das COCOM (58).

Beim Besuch Zhao Ziyangs in Tokyo wurden als Schwerpunktbereiche für die künftige Kooperation Energie, Landwirtschaft und Kommunikation sowie die Modernisierung bei der Ausrüstung und beim Management in bestehenden Betrieben vereinbart. Japan ist auch der größte Kreditgeber. Bei der bereits erwähnten zweitägigen Konferenz im Dezember 1981 wurde ein Abkommen über zusätzliche japanische Wirtschaftshilfe in Höhe von umgerechnet 3 Mrd. DM abgeschlossen. Damit sollen zwei Großprojekte fertiggestellt werden, die die Chinesen im Frühjahr 1981 aufgrund ihrer "Umstrukturierungs"-Maßnahmen hatten einstellen wollen, nämlich das Baoshan-Stahlwerk und ein petrochemischer Komplex bei Daqing. Von dem Gesamtbetrag wurden 1,3 Mrd. in Form von Warenkrediten gewährt, 1 Mrd. als Lieferantenkredite und 700 Mio. in Form von Krediten eines privaten Bankenkonsortiums. Die Chinesen hatten vorher den doppelten Betrag beantragt, dann aber nach zähen Verhandlungen zurückstehen müssen. Für 1982 räumte die japanische Regierung China einen Kredit von 65 Mrd. Yen ein (59).

Wenn es um den China-Markt geht, scheut Japan keine Mühen und Kosten. Die japanische Initiative zeigt sich auch an dem gewaltigen Reklameaufwand, der schon heute in den chinesischen Großstädten getrieben wird, ohne daß sich dieser Aufwand kurzfristig auszahlt.

e)

Rituale

aa)

Freundschaftsrituale

Der Geist der "Freundschaft" soll durch Gesten unterstrichen werden, wie sie Ostasiaten so lieben. So wurden beispielsweise im Hinblick auf das 10jährige Jubiläum chinesische Goldmünzen geprägt (60); es fanden Kalligraphie-Ausstellungen statt und es wurden Jubiläumsbriefmarken gedruckt (61). Der Jugendaustausch wird in großem Stil betrieben (62), und die Chinesisch-Japanische Freundschaftsgesellschaft veranstaltet Ausstellungen (63).

bb)**Kapitalismuskritik**

Aber auch düstere Prognosen für die Zukunft Japans werden nicht vergessen. Hier einige typische Schlagzeilen: "Japans Exporte im Sinken" (64), "Kriminalitätsrate steigt in Japan" (65), "Zunahme der Jugendkriminalität in Japan" (66), "Rekordarbeitslosigkeit in Japan" (67), "Wirtschaftsaussichten sind düster" (68), "Handelsstreit zwischen Frankreich und Japan" (69), "Umfangreiche Arbeiterdemonstrationen in Japan für höhere Löhne" (70) - dies ist ein kleiner Ausschnitt aus chinesischen Publikationen über Japan, der sich beliebig erweitern ließe. Mit besonderem Interesse beobachtet China auch die zunehmenden Handelsfraktionen zwischen den USA, Westeuropa und Japan (71) und die "Klagen der EG über den japanischen Handelsüberschuß" (72).

f)**Wie China die Beziehungen zwischen Japan und den ASEAN-Ländern wertet**

Dem Konzept seiner geschlossenen Antihegemoniefront entsprechend ist China dem Engagement Japans in den ASEAN-Ländern grundsätzlich günstig gesonnen, ohne allerdings gleichzeitig mit Kritik zurückzuhalten.

Japan verfolge in den ASEAN-Ländern drei Interessen.

- Es brauche die Länder als Investitions- und Konsumgütermärkte. Bis März 1981 beliefen sich die japanischen privaten Direktinvestitionen im gesamten Ausland auf 36 Mrd. US\$, von denen 7,02 Mrd. \$ (=19,5%) auf die fünf ASEAN-Staaten entfielen. 2363 japanische Gesellschaften haben Investitionen in den ASEAN-Ländern mit 330.000 Arbeitern und Angestellten. Von 1970 bis 1980 betrug der japanische Export in die ASEAN-Staaten über 10% der gesamten japanischen Exporte. 1980 stieg der Anteil der Gesamtimporte der ASEAN-Länder aus Japan von 24 auf 35%. Die ASEAN-Länder sind damit ein äußerst wichtiger Markt für japanisches Kapital und japanische Güter.

- Japan deckt fast seinen gesamten Rohstoff- und Energiebedarf aus den ASEAN-Ländern. Kautschuk, Zinn und tropisches Nutzholz werden fast zu 100% aus den ASEAN-Ländern importiert. Einfuhren wie pflanzliches Öl und Speiseöl, Zucker, Tonerde, Kupfer und Erdöl aus den ASEAN-Ländern machen jeweils 65, 30, 30, 25 und 17% der Gesamtimporte aus.

- Auch die strategische Stellung der ASEAN-Länder ist extrem wichtig für Japan - man denke an die Straßen von Malakka und Lombok, die den Indik mit dem Pazifik und zugleich die drei Erdteile Asien, Afrika und Europa maritim miteinander verbinden. 40% der japanischen Importgüter, 80% seines Erdölbezugs und 35% seiner Exporte werden durch diese zwei Straßen transportiert - es handelt sich m.a.W. um "Lebenslinien" Japans.

China fand es an der höchsten Zeit, daß Japan seine Wirtschaftshilfe für die ASEAN-Länder gesteigert hat. Gegenwärtig stammen über 50% der ausländischen Hilfe für Malaysia, die Philippinen und Thailand aus Japan. Gleichzeitig begrüßt China die japanische Indochina-Politik, die mit jener der ASEAN-Länder und Chinas fast nahtlos übereinstimmt.

Zu tadeln hat China allerdings gewisse "unfaire Handelspraktiken" und Anleihebedingungen Japans gegenüber den ASEAN-Staaten (73).

Im November 1978 hatte der damalige Außenminister Ohira eine Zusammenarbeit im Pazifikbecken als eine Art Modell für die Lösung des Nord-Süd-Konflikts vorgeschlagen und damit angedeutet, daß Japan künftig eine aktive regionalpolitische Rolle spielen wolle. Der Plan erregte Aufmerksamkeit in aller Welt und wurde zu einem regelrechten Modekonzept. Die ASEAN-Staaten reagierten auf den Vorschlag z.T. mißtrauisch, da sie sich an den Plan einer "Großasiatischen Wohlstandssphäre" aus den Zeiten vor und während des 2. Weltkriegs erinnern sahen. Inzwischen hat dieser Plan viel von seiner Attraktivität eingebüßt. Man kann sagen, daß von dem umfassenden Konzept nur noch die Zusammenarbeit zwischen Japan und den fünf ASEAN-Staaten übriggeblieben ist. China sähe es auch gern, wenn Japan und Westeuropa noch enger mit den ASEAN-Staaten zusammenarbeiteten und es den Staaten dort ersparten, auf die beiden Supermächte angewiesen zu sein. Japan und die EG sollen nach der chinesischen Vorstellung auch im Bereich Südostasien eine größere Verantwortung übernehmen.

Anmerkungen:

- 1) BRu 1981, Nr.12.
- 2) C.a., Dezember 1981, Ü 6.
- 3) C.a., Juni 1982, Ü 4.
- 4) Näheres C.a., Januar 1981, Ü 11.
- 5) XNA, 11.1.82.
- 6) XNA, 13.1.82.

- 7) XNA, 17.6.82.
- 8) The Korea Herald, 19.9.82, S.1.
- 9) BRu 1982, Nr.18, S.10.
- 10) XNA, 8.8.81.
- 11) XNA, 8.8., 17.8. und 11.9.81.
- 12) XNA, 30.1. und 2.2.82.
- 13) XNA, 2.3.82.
- 14) XNA, 3.9.81.
- 15) XNA, 3.8.81.
- 16) XNA, 6.10.81.
- 17) XNA, 10.10.81.
- 18) XNA, 6.10.81.
- 19) XNA, 18.9.81.
- 20) Z.B. XNA, 12.3.81.
- 21) AWSJ, 13.2.81.
- 22) XNA, 23.9.82.
- 23) XNA, 22.9.82.
- 24) XNA, 22.12.81.
- 25) XNA, 19.6.82.
- 26) Näheres dazu C.a., Juli 1982, Ü 3.
- 27) XNA, 1.6.82.
- 28) XNA, 27.9.82.
- 29) XNA, 1.6.82.
- 30) XNA, 12.2.82.
- 31) XNA, 23.3.82.
- 32) XNA, 29.9.82.
- 33) RMRB, 3.9.82.
- 34) So XNA, 4.9.82.
- 35) XNA, 27.9.82.
- 36) XNA, 25.1.82.
- 37) XNA, 9.1.82.
- 38) XNA, 11.9.81.
- 39) Näheres zu der Haltung der Sowjetunion, die sich im Laufe der Zeit geändert hat, in C.a., November 1973, S.711-713. Dort wird auch im einzelnen ausgeführt, daß Mao Zedong schon im September 1964 im Gespräch mit Mitgliedern der japanischen Sozialistischen Partei den japanischen Anspruch auf Rückgabe der Kurileninseln befürwortete.
- 40) XNA, 25.9.81.
- 41) XNA, 1.8.81.
- 42) XNA, 28.7.81.
- 43) XNA, 18.8.81.
- 44) So BRu 1981, Nr.13, S.14 f.
- 45) XNA, 3.10.81.
- 46) Zit. in BRu 1982, Nr.18, S.23.
- 47) XNA, 24.7.82.
- 48) XNA, 12.8.82.
- 49) XNA, 1.5.82.
- 50) XNA, 4.11.81.
- 51) XNA, 5.11.81.
- 52) XNA, 23.9.81.
- 53) TASS, engl. im MD, 7.1.82, Asien, S.3.
- 54) Guoyi wenti yanjiu, 1982, Nr.1, abgedruckt in BRu 1982, Nr.18, S.21-24.
- 55) BRu 1981, Nr.37, S.12.
- 56) XNA, 1.6.82.
- 57) BRu 1981, Nr.52, S.17 f.
- 58) Japan Times, 23.5.82.
- 59) XNA, 27.9.82.
- 60) XNA, 23.9.82.
- 61) XNA, 22.9.82.
- 62) XNA, 25.8.82.
- 63) XNA, 23.9.82.
- 64) XNA, 19.9.82.

- 65) XNA, 30.7.82. *
- 66) XNA, 5.2.82. *
- 67) XNA, 1.5.82. *
- 68) XNA, 17.7.82. *
- 69) BRu 1982, Nr.18, S.14. *
- 70) XNA, 1.3.82. *
- 71) XNA, 23.1.82. *
- 72) XNA, 25.3.82. *
- 73) BRu 1982, Nr.8, S.13. *

YU-HSI NIEH

Neue Vereinbarungen über die Taiwanfrage zwischen Beijing und Washington

*
*
* * * * *

Am 17. August wurde ein neues gemeinsames Kommuniqué zwischen der VR China und den USA über die Taiwanfrage veröffentlicht. Nach zehnmonatigem Hin und Her in den Verhandlungen beider Seiten ist endlich die Katze aus dem Sack (1). Doch es ist eine Katze, die nur Mäuschen fangen kann. Mit anderen Worten: Das Problem ist zwar kleiner geworden, aber immer noch nicht beseitigt. Die neuen Vereinbarungen haben zwar einerseits die seit dem Amtsantritt des US-Präsidenten Reagan im Januar 1981 bestehenden Spannungen in den sino-amerikanischen Beziehungen gelockert (2), andererseits sind aber neue Spannungen in demselben Dokument schon vorprogrammiert.

Den wesentlichen Teil der Vereinbarungen in dem gemeinsamen Kommuniqué bilden die Punkte 6 und 7. Unter Punkt 6 erklärt die US-Regierung, daß sie keine langfristige Politik der Waffenverkäufe an Taiwan anstrebe, daß ihre Waffenverkäufe an Taiwan weder qualitativ noch quantitativ das Niveau der in den letzten Jahren seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und China getätigten Waffenlieferungen überschreiten würden und daß sie die Absicht habe, ihre Waffenverkäufe an Taiwan schrittweise zu reduzieren und nach einer gewissen Zeit eine grundsätzliche Lösung herbeizuführen. Um mit der Zeit eine endgültige Regelung der von der Geschichte hinterlassenen Frage der US-Waffenverkäufe an Taiwan zu erlangen, so heißt es im 7. Punkt, werden die beiden Regierungen alle Anstrengungen unternehmen, die für eine grundsätzliche Regelung der Frage erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen und Voraussetzungen zu schaffen.

In der Regel bemüht man sich bei allen zwischenstaatlichen Verein-

barungen stets, eine möglichst deutliche Sprache zu verwenden, um künftigen Streit zu vermeiden. In der Taiwanfrage jedoch haben die amerikanischen Diplomaten und ihre chinesischen Amtskollegen bei der Formulierung des Shanghaier Kommuniqués vom 28. Februar 1972, des Gemeinsamen Kommuniqués über die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen vom 1. Januar 1979 sowie des genannten neuen gemeinsamen Kommuniqués vom 17. August dieses Jahres eine andere Kunst gezeigt, nämlich, wie man sich so nebelhaft und doppelzünftig ausdrückt wie möglich. Als das Shanghaier Kommuniqué unterzeichnet wurde, gab es noch keine diplomatischen Beziehungen zwischen Beijing und Washington. Die USA anerkannten damals noch de iure die Guomindang (Kuomintang)-Regierung in Taipei als Vertretung Chinas. Um die Chancen für eine "Normalisierung der sino-amerikanischen Beziehungen" nach fünfzehn Jahren vergeblicher Verhandlungen auf Botschaferebene 1955-1970 zunächst in Genf und dann in Warschau nicht wieder wegen der empfindlichen Taiwanfrage zu gefährden, einigten sich beide Seiten in dem Shanghaier Kommuniqué darauf, ihre unterschiedlichen Standpunkte niederzulegen:

"Die zwei Seiten warfen einen Rückblick auf die lange bestehenden ernstesten Streitigkeiten zwischen China und den Vereinigten Staaten. Die chinesische Seite bekräftigte von neuem ihren Standpunkt: Die Taiwan-Frage ist die Schlüsselfrage, die der Normalisierung der Beziehungen zwischen China und den Vereinigten Staaten im Wege steht; die Regierung der Volksrepublik China ist die einzig legitime Regierung Chinas; Taiwan ist eine Provinz, die bereits vor langem dem Vaterland zurückgegeben worden ist; die Befreiung Taiwans ist Chinas innere Angelegenheit, in die sich einzumischen kein anderes Land das Recht hat, und alle US-Streitkräfte und -Militäreinrichtungen müssen aus Taiwan abgezogen werden. Die chinesische Regierung bekämpft entschieden jegliche Aktivitäten, die darauf abzielen, 'ein China, ein Taiwan' ... 'ein China, zwei Regierungen', 'zwei China, ein unabhängiges Taiwan' zu schaffen, oder dafür eintreten, daß 'der Status von Taiwan noch zu bestimmen ist'. Die US-Seite erklärte: Die Vereinigten Staaten kommen zu der Erkenntnis, daß alle Chinesen auf beiden Seiten der Taiwan-Straße den Standpunkt vertreten, daß es nur ein China gibt und Taiwan ein Teil